

# «Hier geht es um Lebensqualität»

Vor fünf Jahren hat **Anne-Claude Demierre** die Nachfolge von Ruth Lüthi an der Spitze der kantonalen Direktion für Gesundheit und Soziales angetreten. Die Bilanz ihrer ersten Legislaturperiode im Freiburger Staatsrat lässt sich sehen. Und sie hat noch einiges vor.

ARTHUR ZURKINDEN

«Ja, das ist meine Direktion. Da werden die Themen behandelt, die den Menschen nahegehen. Hier geht es um Lebensqualität», strahlt die Mutter von drei erwachsenen Kindern. «Und hier geht es auch um den sozialen Zusammenhalt», fügt Anne-Claude Demierre bei.

## Deutsch gelernt

So packt sie ihre Aufgabe mit viel Freude an und arbeitet täglich 16 bis 17 Stunden. Dies auch, weil sie gerne mit den Leuten spricht, weil sie die Probleme an Ort und Stelle er-



kennen will, «um Gesetze auszuarbeiten, die diesen Schwierigkeiten gerecht werden». «Ja, das ist mir sehr wichtig. Ich will nicht neue Gesetze schaffen, die an den Problemen der Menschen vorbeiziel», betont sie. Das positive Echo, das ihr dafür auch von Leuten auf der Strasse entgegenkommt, gibt ihr die nötige Motivation und Kraft, ihre Ziele mit Vehemenz weiterzuverfolgen. Verkraften kann sie dies auch, weil sie zweimal pro Woche ins Fitness-Studio oder ins Schwimmbad geht. Zudem kümmert sich ihr Mann mehrheitlich um den Haushalt. «Ich habe auch Deutsch gelernt. Ich mache zwar viele Fehler, aber ich rede halt einfach so», sagt die Greyerzerin lachend.

## Einiges erreicht

Und in den letzten fünf Jahren hat sie einiges erreicht. So weist sie mit Stolz auf die Umsetzung des Freiburger Spitalnetzes und des Freiburger Netzes für psychische Gesundheit hin. «Wir haben in Freiburg eine Tagesklinik für psychisch Kranke eröffnet, 20 Plätze für französischsprachige und 15 Plätze für deutschsprachige Patienten. Es liegt mir am Her-

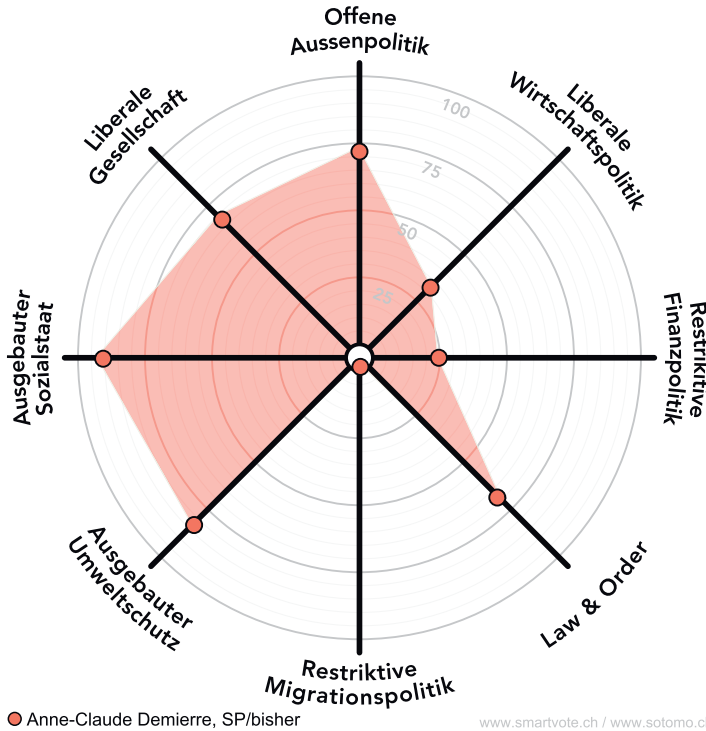


Anne-Claude Demierre will der Armut im Kanton den Kampf ansagen.

Bild Charles Ellena

zen, beide Sprachen zu respektieren», betont sie und weist darauf hin, dass auch im Spital Tafers eine Beratungsstelle eröffnet wurde. Ihr schwebt vor, in Deutschfreiburg 20 Betten für eine stationäre Behandlung zu schaffen. «Es ist halt wichtig, dass die Patienten sich in ihrer Sprache ans Personal wenden können», weiss sie. Momentan ist die psychiatrische Klinik von Marsens auch für die Deutschfreiburger zuständig.

Stolz ist sie auf die Einführung von Mutterschaftsbeiträgen für nicht erwerbstätige Mütter, die so während 14 Wochen fast 40 Franken pro Tag erhalten. Demierre ist froh, dass das Gesetz über die familienergänzende Tagesbetreuungseinrichtungen, also die Subventionierung von Kinderkrippen, unter Dach und Fach



● Anne-Claude Demierre, SP/bisher

www.smartvote.ch / www.sotomo.ch

ist. Glücklicherweise ist sie weiter über die kürzliche Eröffnung einer Anlaufstelle an der Rue du Criblet in Freiburg. «Dort erhalten die Menschen Auskunft über alles, was mit sozialen Fragen verbunden ist, auch telefonisch», hält die 50-jährige SP-Politikerin fest.

## Schwierige Momente

Es gab aber auch schwierige Momente zu überstehen. Zuletzt machte ihr vor allem die angekündigte Schliessung der Geburtsabteilung am Kantonsspital zu schaffen. «Die Sicherheit der Patienten geht vor. Ich könnte es nie verantworten, ein Menschenleben in Gefahr zu bringen», begründet sie ihr Handeln. So reagiert sie auch auf die Kritik, die sie als Gesundheitsdirektorin und Präsidentin des Freiburger Spitals entgegennehmen musste. «Ich ertrage die Kritik besser, als ich dachte», sagt sie schmunzelnd. «Kritik entsteht oft auch, weil man nicht alles sagen kann, was man weiss, um Entscheide besser begründen zu können. Sagt man alles, werden andere Bereiche unnötig belastet.»

Eine Zusammenlegung der Geburtsabteilungen des Kantonsspitals und des Spitals Riaz, wie dies die damaligen Chef-Gynäkologin gefordert hatte, ist für sie noch nicht vom Tisch. «Haben die Ärzte recht, so müssen wir Lösungen finden, sonst bekommen wir früher oder später Probleme.»

Dauerbrenner ist auch das überlastete Pflegepersonal. Einige Anliegen konnte sie erfüllen. «Aber auch die anderen Direktionen haben Anliegen. Da muss im Staatsrat jeweils ein Konsens gefunden werden», begründet sie, weshalb nicht allen Forderungen nachgekommen werden konnte.

## Kompetenz der älteren Menschen ausschöpfen

Bei einer Wiederwahl könnte sich Anne-Claude Demierre nicht auf ihren Lorbeer ausruhen. «Wir streben eine neue globale Vision in der Betreuung der älteren Menschen an», sagt sie. Dabei geht es ihr aber nicht bloss darum, die nötigen

Strukturen zu schaffen, damit eine Heimeinweisung möglichst lange hinausgeschoben werden kann. «Wir müssen die Kompetenzen dieser Menschen besser nutzen. Sie sind ein Plus für unsere Gesellschaft», betont sie.

Die Politik neu definieren will sie auch im Bereich der Behinderten. «Unsere Institutionen sind ausgezeichnet. Wir müssen ihre Qualität erhalten. Wir wollen aber auch im ambulanten Bereich tätig werden, damit Behinderte bei ihren Familien bleiben können, wenn dies erwünscht wird», sagt sie.

## Armut bekämpfen

Demierre will der Armut im Kanton den Kampf ansagen. «Wir haben im Kanton 18000 bis 20000 Menschen, die unter der Armutsgrenze leben.» Mit Ergänzungsleistungen für Familien will sie dieses Problem angehen. Sorgen bereiten ihr die fast 2000 Jugendlichen im Kanton ohne Ausbildung sowie die Langzeitarbeitslosen. «Wir müssen unsere Strukturen anpassen und diese Leute frühzeitig erfassen», lautet ihr Ziel.

Die FN porträtiert die Kandidierenden für den **Staatsrat**. Bisher erschienen: Albert Bachmann (5.10.), Isabelle Chassot (7.10.).

## Gretchenfragen: Der Kandidat als Privatmensch

Vier Fragen an Staatsratskandidatin Anne-Claude Demierre:

### Welches Gesetz würden Sie gerne abschaffen?

Die IV-Revision 6b, die eine Renten Kürzung vorsieht.

### Welches Talent würden Sie gerne besitzen?

Ich möchte mehrere Fremdsprachen sprechen.

### Von welchem Beruf träumen Sie als Kind?

Lehrerin.

### Mit welcher Person würden Sie gerne zu Abend essen?

Roger Federer. *az*

## Korrekt

### Die Versammlung ist am 12. Dezember

**DÜDINGEN** Über das Parkplatzreglement werden Düdingens Stimmberechtigte am Montag, 12. Dezember, befinden. Dann findet die nächste Gemeindeversammlung statt und nicht am Samstag, 10. Dezember, wie die FN gestern berichteten. *hpa*

Reklame

# «Wird finanzielle Konsequenzen haben»

Düdingen, Bösinggen und Wünnewil-Flamatt sind direkt vom neuen Trinkwassergesetz betroffen. Künftig sind nur noch die Gemeinden für die Wasserversorgung zuständig. Die drei Gemeinden haben diese aber privat organisiert.

**FREIBURG** Der Grosse Rat hat entschieden: Wasser ist ein öffentliches Gut, das ganz in der Hand des Staates liegen soll (FN vom 5. Oktober). Das tönt gut – bereitet aber Sensler Gemeinderäten Sorgen: Sie haben ihre Wasserversorgung in Genossenschaften oder Aktiengesellschaften geregelt.

## Die Aktiengesellschaften

Die Wasserversorgung Düdingen AG wurde 1913 gegründet. «Es ist schade, dass es nicht so weitergehen soll», sagt Ammann Kuno Philipona (CVP). Die Gemeinde ist Aktionärin. «Sie hat einen Anteil von 20 bis 30 Prozent», sagt Niklaus Mäder (SVP), der im Gemeinderat für die Finanzen Düdingens zuständig ist. «Müssen wir die Mehrheit der Aktien oder gar 100 Prozent er-

kaufen, wird dies finanzielle Konsequenzen haben.» Die Gemeinde habe schon jetzt grosse Schulden. «Diese neue Regelung wäre nun wirklich nicht nötig gewesen.»

## Diskussionen folgen

Auch in Bösinggen sorgt eine Aktiengesellschaft dafür, dass alle Haushalte mit Trinkwasser versorgt werden. «Die Gemeinde ist eine namhafte Aktionärin», sagt Ammann Louis Casali. Vierzig Prozent der Aktien halte die Gemeinde an der Wasserversorgung Bösinggen AG, «aber die Mehrheit haben wir nicht». Der Gemeinderat bespreche nächste Woche, wie er weiter vorgehen wolle, sagt Casali den FN. «Wir wollten erst den Entscheid des Grossen Rates abwarten, bevor wir das Thema diskutieren.»

In Wünnewil-Flamatt sind die vier Wasserversorgungsgesellschaften Eggelried-Balsingen, Elswil, Flamatt und Wünnewil fürs Trinkwasser zuständig. Auch hier muss die Gemeinde künftig die Wasserversorgung übernehmen. «Wir haben den Entscheid des Parlamentes zur Kenntnis genommen», sagt Syndique Doris Bucheli-Betschart. «Wir haben die neue Regelung bisher weder diskutiert noch die Konsequenzen angeschaut.» Der Gemeinderat werde nun mit den verschiedenen Wasserversorgungsgesellschaften schauen, wie es weitergehe.

## Im Grossen Rat gewiebelt

Düdingens Gemeinderat Markus Bapst (CVP) hatte im Kantonsparlament auf die Probleme der Sensler Gemeinden

hingewiesen. Doch dies hatte nichts bewirkt.

## Acht Jahre Übergangsfrist

Der parteilose Staatsrat Pascal Corminboeuf hatte im Parlament gesagt, er sei sich bewusst, dass Ausnahmefälle geregelt werden müssten. Es bestehe aber kein Interesse, Privaten Zugang zu diesem Markt zu gewähren. Das Gesetz sehe eine Übergangsfrist von acht Jahren vor. Raoul Girard (SP, Bulle) zeigte sich optimistisch, dass in den offenen Fällen Lösungen gefunden würden. Man wolle aber nicht wegen dieser Ausnahmen das Gesetz kippen. Christa Mutter (Grüne, Freiburg) meinte, private Betreiber würden nicht ausgeschlossen: Nur Konzessionen würden künftig der öffentlichen Hand vergeben. *njb/uh*

## Corminboeuf wird Präsident von Lignum

**FREIBURG** Der parteilose Staatsrat Pascal Corminboeuf tritt bei den Kantonswahlen im November nicht mehr an. Langweilig wird es ihm im nächsten Jahr aber nicht werden: Er übernimmt das Präsidium von Lignum Freiburg, wie der Verein mitteilt. Der Verein ist in den letzten 16 Jahren vom früheren Nationalrat Jean-Nicolas Philipona aus Vuipens geleitet worden, der nun an der Generalversammlung von Lignum Freiburg zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde. Neu im Vorstand ist auch der dreissigjährige Jacques Rime aus Bulle. Der Vizedirektor der Despond AG ersetzt das langjährige Vorstandsmitglied Bernard Gremion aus Bulle. Lignum vertritt die Interessen der Wald- und Holzwirtschaft. *njb*